



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

IV-10 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXVI. GP



Beratungen des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union (Auszugsweise Darstellung)

Montag, 8. April 2019

Beratungen des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union

(Auszugsweise Darstellung)

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Montag, 8. April 2019

Tagesordnung

XM 20001/19

Special meeting of the European Council (Art. 50), 10 April 2019

- notice of meeting and provisional agenda

(60167/EU XXVI.GP)

Noch vor dem **EU-Sondergipfel am 10. April**, bei dem es um eine etwaige Fristverlängerung für den Austritt Großbritanniens aus der EU (**Brexit**) geht, trat der EU-Hauptausschuss des Nationalrats zusammen.

Wie **Bundeskanzler Sebastian Kurz** den Ausschussmitgliedern mitteilte, habe er dabei drei wichtige Ziele: Die Einheit der EU-27 zu wahren, einen "Hard Brexit" wenn möglich zu vermeiden und die Europawahlen ohne Beteiligung Großbritanniens abzuhalten. Prioritär ist für ihn dabei eine Lösung, die von allen verbleibenden 27 EU-Mitgliedsländern als gangbar akzeptiert wird. Es sei wichtiger denn je, dass die EU Einigkeit demonstriere, ist auch **Europaminister Gernot Blümel** überzeugt. Auf einzelne Szenarien wollte sich Kurz angesichts der unklaren Situation nicht einlassen, sowohl er als auch Blümel würden aber eine Zollunion zwischen der EU und Großbritannien für eine gute Lösung halten. Die Opposition warnte vor einer weiteren Verschiebung des Brexit ohne substantielle Alternativvorschläge.

Er wünschte, er könnte den Abgeordneten zu diesem Zeitpunkt mehr Klarheit bieten, sagte **Kurz** eingangs der Debatte. Die Situation sei aber nach wie vor unklar, nachdem das britische Parlament den Austrittsvertrag erneut abgelehnt und auch kein anderes Brexit-Szenario eine Mehrheit gefunden habe. Es gebe eine gewisse Pattsituation. Zwar stehe die britische Premierministerin Theresa May mit Labour in Verhandlungen über eine künftige Zollunion zwischen der EU und Großbritannien, eine Mehrheit dafür im britischen Unterhaus sei aber "alles andere als gewiss".

Sowohl **Kurz** als auch **Blümel** hätten gegen eine derartige Zollunion nichts einzuwenden, wie sie bekräftigten. Schließlich sei das der ursprüngliche Vorschlag der EU gewesen, betonte Kurz. Für eine derartige Perspektive müsste ihm zufolge auch der abgeschlossene Austrittsvertrag nicht aufgeschnürt werden, da lediglich die politische Erklärung über die künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU berührt wäre. Zu anderen Szenarien zur Vermeidung eines harten Brexit wollte sich **Kurz** im Ausschuss nicht äußern, zumal man noch nicht sagen könne, welche Vorschläge am 10. April am Tisch liegen werden. "Was-wäre-wenn-Spielchen" seien nicht zweckmäßig, so der **Kanzler**.

Kurz stimmte mit der Opposition aber überein, dass eine weitere Verschiebung des Brexit nur infrage kommt, wenn May substantielle Vorschläge vorlegt und es einen klaren Fahrplan gibt. Schließlich wäre es "gewissermaßen absurd", würde Großbritannien noch an der EU-Wahl teilnehmen. **Kurz** kann sich in dieser Frage jedoch gegebenenfalls einen Kompromiss vorstellen, um sein oberstes Ziel – die Einheit der EU-27 – zu wahren. Österreich sei jedenfalls sowohl auf eine EU-Wahl ohne als auch mit Großbritannien vorbereitet.

Seitens der Opposition mahnten **Andreas Schieder (SPÖ)**, **Douglas Hoyos-Trauttmansdorff (NEOS)**, **Bruno Rossmann (JETZT)** und **Jörg Leichtfried (SPÖ)** eine klare österreichische Position in Brüssel ein. Er habe Verständnis dafür, dass es einen gewissen Verhandlungsspielraum brauche, sagte **Leichtfried**, die SPÖ halte eine weitere Fristerstreckung für den EU-Austritt Großbritanniens aber nur unter bestimmten Umständen für zweckmäßig. Konkret nannte er die Perspektive auf einen Verbleib Großbritanniens in der EU, Neuwahlen im Vereinigten Königreich, ein zweites Referendum über den EU-Austritt oder die Zustimmung des britischen Parlaments zum abgeschlossenen Austrittsabkommen. Es müsse jedenfalls zu substantiellen Entwicklungen kommen, ergänzte **Schieder**. **Leichtfried** fürchtet, dass die Position Großbritanniens umso stärker wird, je länger sich der Brexit zieht, und die Einheit der EU-27 mit jeder weiteren Verzögerung sukzessive untergraben wird.

Ähnlich äußerte sich **JETZT-Abgeordneter Rossmann**. "Wir brauchen zielführende Lösungsvorschläge" wie etwa ein zweites Referendum, hob er hervor. Sollten keine substantiellen Vorschläge kommen, sei ein harter Brexit vorzuziehen, "so schmerzlich dieser ist". **Rossmann** sieht die Gefahr, dass ansonsten die Briten die EU-27 "vor sich hertreiben werden". Zudem drohen seiner Meinung nach Blockaden in der EU, sollte Großbritannien doch noch an den Europawahlen teilnehmen. Schon in der Vergangenheit habe Großbritannien wichtige europäische Entwicklungen wie eine Sozialunion blockiert.

Für **NEOS-Abgeordneten Hoyos-Trauttmansdorff** ist es wichtig, die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien künftig so zu gestalten, dass die nächste Generation in der Lage ist, den EU-Austritt Großbritanniens gegebenenfalls wieder rückgängig zu machen. Wie die SPÖ erkundigte er sich außerdem danach, wie die österreichischen Wahlbehörden mit der Unsicherheit in Bezug auf die Teilnahme Großbritanniens an den Europawahlen umgehen.

Auf **ÖVP-Seite** wiesen **Wolfgang Gerstl** und **Eva-Maria Himmelbauer** auf die unklare Lage hin. Insofern sei es schwierig, Position zu beziehen, erklärte **Gerstl**. Bundeskanzler Kurz brauche bei den Verhandlungen in Brüssel "volle Flexibilität". Wichtig sei, dass die verbleibenden 27 EU-Mitgliedsländer zusammenhalten und eine gemeinsame Linie verfolgen. Eine Zollunion wäre für **Gerstl** ein enormer Fortschritt.

Petra Steger (FPÖ) gab zu bedenken, dass eine weitere Fristerstreckung für den Brexit wegen der bevorstehenden Europawahlen erhebliche Probleme verursachen würde. Wie demokratisch wäre eine Wahl, bei der die Briten, die mehrheitlich für einen EU-Austritt ihres Landes gestimmt haben, mitwählen könnten, meinte sie.

Europaminister Gernot Blümel ging auf die Forderung von **SPÖ-Abgeordnetem Schieder** ein, angesichts der sich zuspitzenden Situation einen runden Tisch mit allen Stakeholdern wie den Parlamentsparteien, den Bundesländern, der Industrie und den Universitäten einzuberufen, um mögliche Probleme durch einen No-Deal-Brexit zu besprechen. Einen solchen runden Tisch gebe es mit der Lenkungsgruppe, der unter anderem auch die Verbindungsstelle der Bundesländer, die Sozialpartner und alle Ministerien angehören, bereits seit Monaten, sagte er.

Ansonsten hält es auch **Blümel** für vorrangig, dass die verbleibenden 27 EU-Länder weiter gemeinsam an einem Strang ziehen. Er kann sich außerdem nicht vorstellen, am Austrittsvertrag zu rütteln. Dieser sei ein Kompromiss zwischen den beiden Seiten. **Blümel** versicherte den Abgeordneten auch, dass die Vorbereitungen auf ein No-Deal-Szenario voranschreiten.

Die rechtliche Situation in Bezug auf die **Europawahlen** skizzierte der **Wahlexperte des Innenministeriums Robert Stein**. Seinen Ausführungen nach werden die schätzungsweise rund 500 bis 1.000 britischen StaatsbürgerInnen, die in der österreichischen Europa-Wählerevidenz eingetragen sind, bei den kommenden Europawahlen in jedem Fall stimmberechtigt sein, unabhängig davon, ob Großbritannien bis dahin aus der EU ausgetreten ist oder nicht. Schließlich sei für die Wahlteilnahme der Stichtag (12. März) maßgeblich.

Da das passive Wahlrecht grundsätzlich am aktiven Wahlrecht anknüpft, geht Stein außerdem davon aus, dass britische StaatsbürgerInnen auch auf österreichischen Wahllisten kandidieren dürfen. Sollte Großbritannien allerdings vor oder unmittelbar nach den Wahlen aus der EU austreten, würde die Bundeswahlbehörde ein etwaig von einem Briten oder einer Britin erzieltes Mandat aber nicht dieser Person zuteilen, sondern dem oder der nächsten auf der Liste, erwartet er. Tritt Großbritannien erst im Laufe des Jahres oder später aus der EU

aus, würden britische Abgeordnete seiner Rechtsmeinung nach zu diesem Zeitpunkt ihr Mandat zugunsten des nächstgereihten Wahlwerbers bzw. der nächstgereihten Wahlwerberin verlieren.

SPÖ-Abgeordneter Schieder merkte dazu an, dass bei ihm angesichts fehlender absoluter Rechtssicherheit "ein Körnchen Unbehagen zurückbleibt". Er fürchtet, dass die Wahl erfolgreich beim Verfassungsgerichtshof angefochten werden könnte.

